

## Antrag 2

### **Für gute Arbeit, gemeinsam mit starken Gewerkschaften und Interessenvertretungen**

Einreicher: Kreisvorstand

In allen Bereichen der Gesellschaft ist ein Strukturbruch zu erleben, so auch in der Arbeitswelt, für den seinerzeit die rot-grüne Koalition mit ihren so genannten Arbeitsmarktreformen die Instrumente geliefert hat. Dazu gehört etwa die weitreichende Lockerung der Bestimmungen zur Leiharbeit. Zur Ausweitung der Leiharbeit kamen der Missbrauch von Werkverträgen und die ausufernde sachgrundlose Befristung. Es handelt sich um die systematische Aushöhlung gesicherter Beschäftigungsverhältnisse.

Die Rechte und Ansprüche der Beschäftigten geraten zunehmend unter Druck. Durch teils legale, teils illegale Bemühen seitens der Arbeitgeber werden gewerkschaftliche Strukturen und Interessenvertretungen der Beschäftigten zerschlagen. Hierbei lassen sich Arbeitgeber professionell durch Wirtschaftskanzleien und PR-Agenturen unterstützen. Ziel ist die Schwächung der Beschäftigten, ihrer Interessenvertretungen und der Gewerkschaften. Soziale Mindestsicherungen werden ab- und umgebaut um Beschäftigung für Arbeitgeber billiger und flexibler zu machen

Unternehmen entziehen sich zunehmend der Tarifbindung. Daher muss das Tarifvertragssystem wieder stabilisiert werden. Gegenstand der Tarifverträge müssen neben den Entgelterhöhungen und einer generellen Aufwertung der Arbeit die Eindämmung von Befristungen, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bessere Arbeitsbedingungen und die Gestaltung von Arbeitszeit im Lebensverlauf und zur Weiterbildung sein. Dem Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit muss Einhalt geboten werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss eine Selbstverständlichkeit sein. Unterschiedliche Tarife für Ost und West sind hiermit nicht vereinbar.

Um das Tarifvertragssystem zu stärken braucht es handlungsfähige Gewerkschaften und starker Mitbestimmung. Gewerkschaften, die Beschäftigte organisieren und gegenüber den Arbeitgebern vertreten, sind wichtig. Wir wollen ihnen gute, engagierte Partner sein.

Wir als LINKE.Potsdam zeigten uns von Beginn an solidarisch, indem wir vor Ort waren und mit den Beschäftigten redeten; ihnen zuhörten. Ihre Motivation war vor allem die Sensibilisierung für ihre tägliche Arbeit. Sie forderten eine Tarifierhöhung und Aufwertung ihrer Gehaltsgruppen, da die letzte Anpassung zum Teil über zehn Jahre zurück lag. Was nur wenige wissen ist, dass ein Streik physisch und psychisch ein Kraftakt ist, den man nur

gemeinsam bewältigten kann. MitarbeiterInnen, die sich zum Streik entschlossen und zukünftig entschließen werden, sollten die uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung aus der LINKEN bekommen. Auch wir fordern mit unserer Kampagne „Das muss drin sein“ u.a. gleichen Lohn für gleiche Arbeit, eine Anpassung der Tarifverträge Ost an Tarifverträge West, den Mindestlohn und somit eine Aufwertung ihrer täglichen Arbeit für sich Selbst und in der Gesellschaft. LINKE.Potsdam wird daher zukünftig noch stärker und enger mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten.

DIE LINKE.Potsdam ist ein solidarischer Partner der Beschäftigten und der Gewerkschaften. Gemeinsam mit den Abgeordneten vom Bund, Land und Stadt setzen wir uns für ihre Interessen ein. DIE LINKE. Potsdam:

- unterstützt Beschäftigte und ihre Gewerkschaften in ihren Auseinandersetzungen. Die Gewerkschaften stehen vor der Aufgabe, für gute Arbeit und gute Löhne zu kämpfen und Lohndumping zu verhindern.
- unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften nach höheren Löhnen, weil die Beschäftigten einen gerechten Anteil für ihre Arbeit verdienen. Nur wenn die Menschen sich wieder mehr leisten können, werden auch Arbeitsplätze gesichert.
- fordert eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums mehr Demokratie in der Wirtschaft.
- kämpft an der Seite der Gewerkschaften gegen soziale Kürzungen, für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, gegen die Rente erst ab 67 und für ein solidarisches Gesundheitssystem mit einer Krankenkasse für alle. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter müssen mindestens den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bekommen wie Festangestellte und langfristig muss Leiharbeit verboten werden.
- wendet sich gegen jede Einschränkung des Streikrechts und fordert mehr Demokratie: Für das Recht auf den politischen Streik, für das Recht des Streiks auch für Beamt\_innen, für eine Stärkung von Beschäftigten und Gewerkschaften und für mehr Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz.